

135066-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Forschungs- und Entwicklungsdienste und zugehörige Beratung – Audioforensik
- Forschung und Entwicklung forensischer Methoden zur Gewinnung von Ortsinformationen
(AuFo)

OJ S 42/2025 28/02/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH

E-Mail: vergabestelle@cyberagentur.de

Rechtsform des Erwerbers: Auftragnehmer im Bereich Verteidigung

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Verteidigung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Audioforensik - Forschung und Entwicklung forensischer Methoden zur Gewinnung von Ortsinformationen (AuFo)

Beschreibung: Das Forschungsvorhaben „Audioforensik“ (AuFo) hat zum Ziel, Audiodaten geringer Qualität hinsichtlich des Aufnahmeortes zu analysieren. Beispielweise kann anhand von raum-akustischen Teilparametern eine Charakterisierung des Raumes auf einen eindeutigen digitalen Fingerabdruck abgebildet werden, der potenziell Ermittlungshinweise innerhalb von Strafverfolgungsverfahren liefert. So kann eine Raum-Charakterisierung z. B. hinsichtlich der Größe, der Beschaffenheit und der Lage (In-/Outdoor) geschehen, um im Idealfall in zeitkritischen Anwendungsszenarien, wie Entführungs- oder Vermisstenfällen, handlungsfähig zu sein. Zusätzlich kann analysiert werden, inwiefern die Identifizierung des Geräts Hinweise auf den Aufnahmeort liefert. Details entnehmen Sie bitte der Leistungsbeschreibung.

Kennung des Verfahrens: 254e8c2a-1bee-41b4-aebb-6704d7198e35

Interne Kennung: 074 CAEU VV 2024 (AuFo)

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: Es handelt sich um einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag, der in Anwendung des Ausnahmetatbestandes § 116 Abs. 1 Nr. 2 GWB nicht in den Anwendungsbereich des Vergaberechts fällt. Der Auftrag wird im Rahmen einer Vorkommerziellen Auftragsvergabe in Anlehnung an ein mehrstufiges Verhandlungsverfahren vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus dem Dokument „Verfahrensablauf“.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 73000000 Forschungs- und Entwicklungsdienste und zugehörige Beratung

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Forschung und Entwicklungsleistungen, die im Rahmen dieser Beauftragung erbracht werden, sind vollständig in einem EU-Mitgliedstaat, in einem Land, mit dem ein Stabilisierungs- oder Assoziierungsabkommen der EU besteht, und/oder in einem NATO-Mitgliedsland oder NATO-Partner, insbesondere AP4, durchzuführen. Das betrifft sowohl die Leistungen des Auftragnehmers als auch die Leistungen von Unterauftragnehmerinnen oder Unterauftragnehmern. Für die Durchführung der Leistungen in anderen als den benannten Ländern hat der Auftragnehmer die vorherige schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin einzuholen.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: a) Zu Kooperationsformen im vorliegenden Vergabeverfahren: Der Handelsregisterauszug, das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit sind bei Vorliegen einer Bewerbergemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Beabsichtigt der Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sich zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (z. B. durch Unterauftragnehmer) zu berufen, so sind die benannten Unterlagen für die anderen Unternehmen insoweit vorzulegen, als die Bezugnahme auf die Leistungsfähigkeit Dritter erfolgt. b) Die Teilnahmeanträge sind in deutscher Sprache oder in englischer Sprache einzureichen. c) Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge einen Bewerbungsbogen erstellt. Dieser ist für die Einreichung der Teilnahmeanträge zu verwenden. Die Teilnahmeanträge müssen bis zum Schlusstermin für deren Eingang nach Ziffer 5.1.12 elektronisch via: evergabe-online eingehen. In Papierform eingereichte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Eine Unterschrift oder Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht notwendig, der Name der verantwortlichen Person ist im Unterschriftsfeld jedoch zwingend anzugeben („Textform“). d) Erläuterung zum Ablauf des Verhandlungsverfahrens: Die Vergabeunterlagen befinden sich in einem „Entwurfsmodus“ und sollen im Teilnahmewettbewerb noch nicht ausgefüllt werden und dienen lediglich zur Information der Bewerber. Der Auftraggeber behält sich vor, die veröffentlichten informatorischen Vergabeunterlagen anzupassen und den ausgewählten Bewerbern eine überarbeitete Fassung der Vergabeunterlagen, zur Verfügung zu stellen. e) Die enthaltenen Zeitangaben stehen unter dem Vorbehalt der Anpassung und Aktualisierung, f) Haushaltsvorbehalt: Die Fortführung dieses Vergabeverfahrens steht unter dem Vorbehalt, dass die erforderlichen Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe zur Verfügung stehen. Sofern sich im Vergabeverfahren herausstellen sollte, dass dies nicht der Fall ist, behält sich die Auftraggeberin vor, das Vergabeverfahren analog zu § 63 Abs. 1 Satz 1 VgV aufzuheben. Kosten und Aufwendungen der Bieter im Zusammenhang mit ihrer Teilnahme am Vergabeverfahren werden auch in diesem Fall nicht erstattet (Sofern nicht vertraglich anders geregelt). g) Datenschutz: Der Bewerber hat die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer geltender Gesetze zum Schutz personenbezogener Daten einzuhalten. Für die Übermittlung personenbezogener Daten an den Auftraggeber trägt der Bewerber die datenschutzrechtliche Verantwortung und hat entsprechend die Rechtmäßigkeit sicherzustellen (z.B. durch Einholung von Einwilligungen bei Angaben natürlicher Personen).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

v gv - PCP-Verfahren in Anlehnung an ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

2.1.6. Ausschlussgründe

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber nicht zahlungsunfähig ist, dass über das Vermögen des Bewerbers kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, dass die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich der Bewerber nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Eigenerklärung des Bewerbers, dass kein Verbot einer Auftragsvergabe an den Bewerber nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022 /576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, vorliegt. Eigenerklärung des Bewerbers, dass er im Auftragsfall keine Unterauftragnehmer/Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzen wird, für die Art. 5k Abs. 1 a) – c) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zutrifft und auf die mehr als 10% des Auftragswerts entfallen. Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber keine Kenntnis von einem Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens habe(n), der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte.

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Bewerber, Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sowie Unterauftragnehmer, die ihren Unternehmenssitz in Staaten gem. Staatenliste im Sinne von § 13 Absatz 1 Nummer 17 SÜG haben, sind vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Bewerbers in Frage gestellt wird, § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB; das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung, § 123 Abs. 3 GWB entsprechend. Eigenerklärung des Bewerbers, dass kein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB vorliegt. Bei Vorliegen von Ausschlussgründen wird der Auftraggeber Angaben der Bieter zur Selbstreinigung nach § 125 GWB sowie den zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB berücksichtigen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften (z. B. § 23 AEntG, § 21 MiLoG oder Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften), die zu einer Eintragung im Gewerbezentralregister und/oder im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden ist.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende sozial- und umweltrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber nicht mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber keine Kenntnis von einer Wettbewerbsverzerrung habe(n),

die daraus resultiert, dass sein Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber nicht a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht habe(n), solche Informationen zu übermitteln.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Audioforensik - Forschung und Entwicklung forensischer Methoden zur Gewinnung von Ortsinformationen (AuFo)

Beschreibung: Das Forschungsvorhaben „Audioforensik“ (AuFo) hat zum Ziel, Audiodaten geringer Qualität hinsichtlich des Aufnahmeortes zu analysieren. Beispielsweise kann anhand von raum-akustischen Teilparametern eine Charakterisierung des Raumes auf einen eindeutigen digitalen Fingerabdruck abgebildet werden, der potenziell Ermittlungshinweise innerhalb von Strafverfolgungsverfahren liefert. So kann eine Raum-Charakterisierung z. B. hinsichtlich der Größe, der Beschaffenheit und der Lage (In-/Outdoor) geschehen, um im Idealfall in zeitkritischen Anwendungsszenarien, wie Entführungs- oder Vermisstenfällen, handlungsfähig zu sein. Zusätzlich kann analysiert werden, inwiefern die Identifizierung des Geräts Hinweise auf den Aufnahmeort liefert.

Interne Kennung: 074 CAEU VV 2024 (AuFo)

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 73000000 Forschungs- und Entwicklungsdienste und zugehörige Beratung

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 3 Jahre

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 3 000 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet

für:other-sme# Bei der vorliegenden Bekanntmachung handelt es sich um die freiwillige EU-

weite Bekanntmachung einer vorkommerziellen Auftragsvergabe in Anlehnung an ein

Verhandlungsverfahren, dass weder in den Anwendungsbereich der Vergaberichtlinien, noch

in den Anwendungsbereich des GWB, der VgV oder VSVgV oder des nationalen

Vergaberechts fällt. Es handelt sich um einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag in

Anwendung des Ausnahmetatbestandes § 116 GWB. Keine Doppelvergütung (Einzelheiten

siehe „Bewerbungsbogen“). Die Auftragswertschätzung (Punkt 5.1.5) bezieht sich auf die

Phasen 1 und 2 (Forschung) gemäß Verfahrensablauf.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Innovative Beschaffung

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die in Auftrag gegebenen Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen umfassen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten.

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es ist nachzuweisen, dass der Bewerber in der Lage ist, wissenschaftliche Forschung, wie sie hier Gegenstand des Vergabeverfahrens ist, in

wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht durchzuführen und zu Ende bringen zu können. Dazu

sind geeignete Nachweise zur Sicherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen

Leistungsfähigkeit z.B. Umsatzzahlen für vergleichbare Leistungen, Angaben zum

Eigenkapital, private Fördermittel etc. zu erbringen. Aus diesen Nachweisen muss sich in der

Gesamtschau das Vorliegen des Eignungskriteriums ergeben. Auf die Verwendung eines vom

Auftraggeber vorgegebenen Bewerbungsbogens wird verwiesen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es ist nachzuweisen, dass dem Bewerber ein

Projektteam zur Verfügung steht, das in der Lage ist, wissenschaftliche Forschung, wie sie

hier Gegenstand des Vergabeverfahrens ist, durchzuführen und zu Ende bringen zu können.

Dazu sind geeignete Nachweise zu den wissenschaftlichen Mitarbeitenden zu erbringen wie

beispielsweise entsprechende Lebensläufe, Publikationen, Nachweise zur Mitarbeit in nach

Art und Umfang vergleichbaren Forschungsprojekten sowie Referenzen in einschlägigen

Forschungsbereichen oder ähnliches. Aus diesen Nachweisen muss sich in der Gesamtschau

das Vorliegen des Eignungskriteriums ergeben. Für die Verwendung eines vom Auftraggeber

vorgegebenen Bewerbungsbogens wird verwiesen.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem

Handelsregister oder einer gleichwertigen Urkunde oder Bescheinigung einer zuständigen

Verwaltungsbehörde oder eines Gerichts des Herkunftslandes des Bewerbers, soweit

aufgrund der Unternehmensform des Bewerbers eine Eintragung vorgesehen ist. Der

Handelsregisterauszug darf nicht älter als 6 Monate sein. Maßgeblich ist der vorliegend

benannte Termin für die Einreichung der Teilnahmeanträge. Gleichwertige fremdsprachige Dokumente / Bescheinigungen sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Kopie(n) ist/ sind vorerst ausreichend.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=745084>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=745077>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/04/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Alle Unterlagen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH

Informationen über die Überprüfungsfristen: keine, da nicht im Anwendungsbereich des (Kartell-) Vergaberechts

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH

Registrierungsnummer: USt-IdNr.: DE332829919

Postanschrift: Große Steinstraße 19

Stadt: Halle (Saale)
Postleitzahl: 06108
Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@cyberagentur.de
Telefon: 000
Internetadresse: <https://www.cyberagentur.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 475b4315-64e3-4b09-83c8-b44a953aeb38 - 04

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/02/2025 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch, Englisch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 135066-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 42/2025

Datum der Veröffentlichung: 28/02/2025